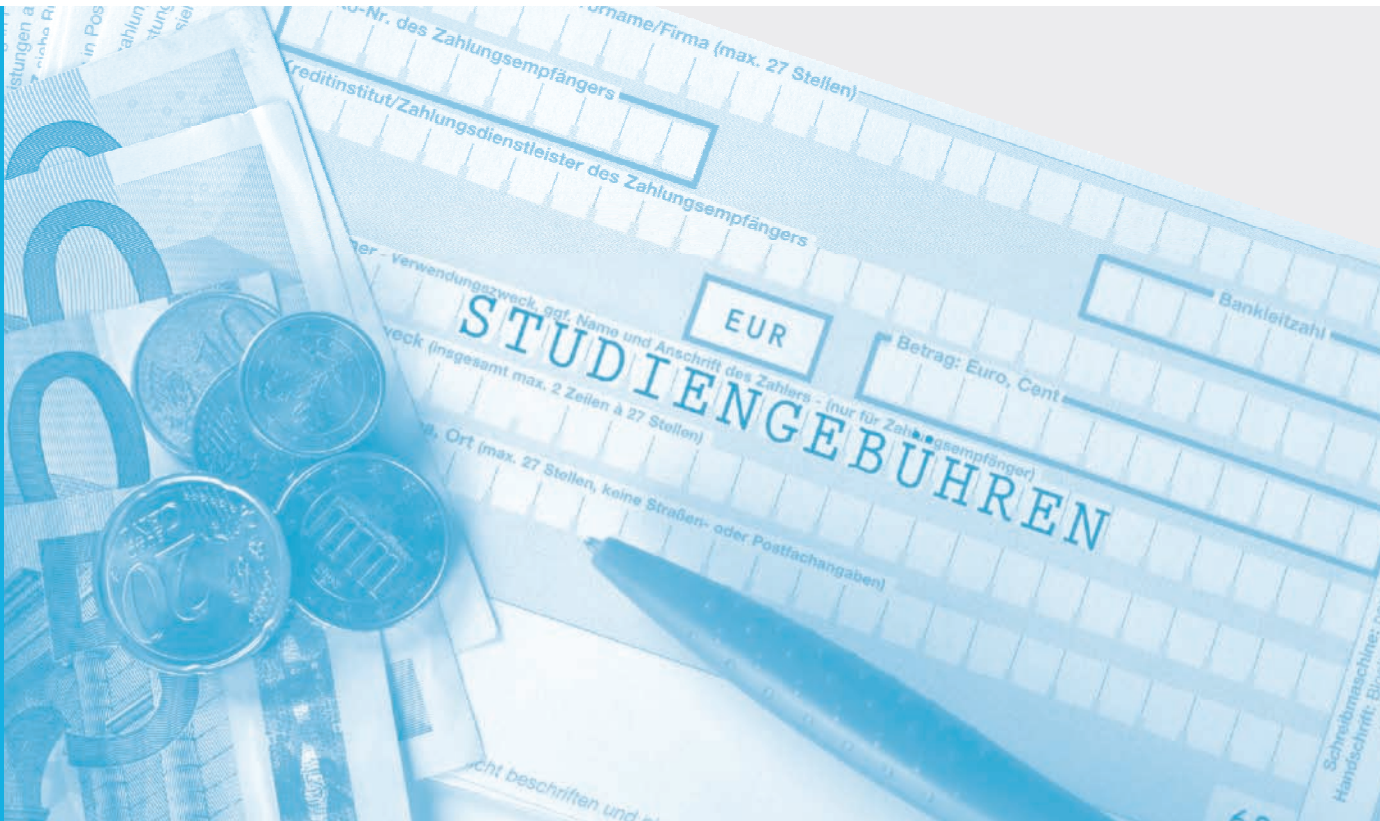




Volksbegehren in Bayern 2013

Kennziffer
B VII 4/1-4
2013



Volksbegehren „Grundrecht auf Bildung ernst nehmen – Studienbeiträge abschaffen!“

(Kurzbezeichnung: „Nein zu Studienbeiträgen in Bayern“)
vom 17. Januar bis 30. Januar 2013

Endgültiges Ergebnis

Herausgeber:
Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung, Februar 2013
Bestellnummer B74143 201351
Einzelpreis 6,10 €



Alle Veröffentlichungen im Internet unter
www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

Diesen Code einfach mit der entsprechenden App scannen, um zum angegebenen Link zu gelangen.

Kostenlos

ist der Download von allen Statistischen Berichten (meist PDF- und Excel-Format) sowie von „Bayern Daten“ und „Statistik kommunal“ (Informationelle Grundversorgung).

Kostenpflichtig

sind die links genannten Veröffentlichungen in gedruckter Form sowie die Druck- und Dateiausgaben (auch auf Datenträger) aller anderen Veröffentlichungen. Bestellung direkt im Internet oder beim Vertrieb, per E-Mail oder Fax.

Newsletter-Service

Für Themenbereich/e anmelden. Information über Neuerscheinung/en wird per E-Mail aktuell übermittelt.

Impressum

Statistische Berichte

bieten in tabellarischer Form neuestes Zahlenmaterial der jeweiligen Erhebung. Dieses wird, soweit erforderlich, methodisch erläutert und kurz kommentiert.

Vertrieb

E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3205
Telefax 089 2119-3457
Internet www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

Herausgeber, Druck und Vertrieb

Bayerisches Landesamt für
Statistik und Datenverarbeitung
St.-Martin-Str. 47
81541 München

Auskunftsdienst

E-Mail info@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3218
Telefax 089 2119-3580

Bildnachweis

© Fotolia

© Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, München 2013

Alle Veröffentlichungen oder Daten sind Werke im Sinne von § 2 Urheberrechtsgesetz. Die Verwendung, Vervielfältigung und/oder Verbreitung von Veröffentlichungen oder Daten gleich welchen Mediums (Print, Datenträger, Datei etc.) – auch auszugsweise – ist nur mit Quellenangabe gestattet. Sie bedarf der vorherigen Genehmigung bei Nutzung für gewerbliche Zwecke, bei entgeltlicher Verbreitung oder bei Weitergabe an Dritte sowie bei Weiterverbreitung über elektronische Systeme und/oder Datenträger. Sofern in den Produkten auf das Vorhandensein von Copyrightrechten Dritter hingewiesen wird, sind die in deren Produkten ausgewiesenen Copyrightbestimmungen zu wahren. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Zeichenerklärung

- 0 mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
- nichts vorhanden oder keine Veränderung
- / keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
- Zahlenwert unbekannt, geheimzuhaltend oder nicht rechenbar
- ... Angabe fällt später an
- x Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll
- () Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann
- p vorläufiges Ergebnis
- r berichtigtes Ergebnis
- s geschätztes Ergebnis
- D Durchschnitt
- ≙ entspricht

Auf- und Abrundungen

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsummen auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelangaben geringfügige Abweichungen zu den ausgewiesenen Endsummen ergeben. Bei der Aufgliederung der Gesamtheit in Prozent kann die Summe der Einzelwerte wegen Rundens vom Wert 100 % abweichen. Eine Abstimmung auf 100 % erfolgt im Allgemeinen nicht.

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorbemerkungen	2
Ergebnis des Volksbegehrens „Nein zu Studienbeiträgen in Bayern“.	3
Anhang	
1. Volksbegehren in Bayern seit 1946	11
2. Volksentscheide in Bayern seit 1946	14
Eintragungsliste (Muster einer Liste mit Gesetzentwurf einschließlich Begründung, Eintragungszeilen und Gemeindebestätigung)	16
Schaubild	

Vorbemerkungen

Einreichung des Zulassungsantrags

Der Zulassungsantrag zur Durchführung des Volksbegehrens „Grundrecht auf Bildung ernst nehmen - Studienbeiträge abschaffen!“, Kurzbezeichnung "Nein zu Studienbeiträgen in Bayern" wurde am 12. Juni 2012 beim Bayerischen Staatsministerium des Innern eingereicht. Als Beauftragter wurde Herr Prof. Dr. Michael Piazzolo, MdL, als sein Stellvertreter Herr Dr. Hans-Jürgen Fahn, MdL, FREIE WÄHLER Bayern e.V. benannt.

Ein Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens bedarf der Unterschrift von 25 000 Stimmberechtigten; das Stimmrecht der Unterzeichner ist bei der Einreichung nachzuweisen. Im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums des Innern hat das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung nach Prüfung des Antrags 27 048 gültige Unterschriften festgestellt. Damit war die erforderliche Anzahl von Unterschriften für diesen Antrag gegeben.

Das Volksbegehren "Nein zu Studienbeiträgen in Bayern" wurde gemäß Art. 65 des Landeswahlgesetzes am 12. November 2012 bekannt gemacht und der vollständige Inhalt des Volksbegehrens (Gesetzentwurf einschließlich Begründung) im Bayerischen Staatsanzeiger Nr. 46 vom 16. November 2012 veröffentlicht. Die Eintragsfrist wurde für die Zeit vom 17. Januar bis 30. Januar 2013 festgelegt.

Auslegung der Eintragslisten

Die Eintragslisten waren von den Unterzeichnern des Zulassungsantrags selbst zu beschaffen und den kreisfreien Städten, für die kreisangehörigen Gemeinden den Landratsämtern spätestens bis zum 2. Januar 2013 zuzuleiten. Die Eintragslisten waren vom 17. Januar bis 30. Januar 2013 in allen Gemeinden Bayerns öffentlich ausgelegt.

Ermittlung des Ergebnisses

Nach Abschluss der Eintragsfrist wurden dem Landeswahlleiter per E-Mail oder Fax vorläufige Zahlenangaben übermittelt. Dieser gab am 31. Januar 2013 das vorläufige Ergebnis bekannt. Die Gemeinden prüften die Eintragslisten und stellten die Anzahl der gültigen und ungültigen Einträge fest. Anschließend überbrachten die kreisfreien Städte die Listen dem Landeswahlleiter, die kreisangehörigen Gemeinden dem zuständigen Landratsamt. Dieses prüfte die Listen und stellte die Ergebnisse nach Gemeinden zusammen. Spätester Termin für die kreisfreien Städte und die Landratsämter zur Weiterleitung der Listen an den Landeswahlleiter war der 6. Februar 2013.

Ergebnis des Volksbegehrens

Nach Prüfung der Eintragslisten und der Zusammenstellungen der Gemeinden und der Landratsämter stellte der Landeswahlausschuss in seiner Sitzung am 20. Februar 2013 fest, dass für das Volksbegehren "Nein zu Studienbeiträgen in Bayern" 1 357 244 Eintragungen geleistet wurden, davon waren 1 352 618 gültig und 4 626 ungültig.

Art. 71 Abs. 2 des Landeswahlgesetzes fordert zur Rechtsgültigkeit des Volksbegehrens, dass das Verlangen nach Schaffung eines Gesetzes von mindestens einem Zehntel der Stimmberechtigten gestellt worden ist. Für das Volksbegehren waren 9 438 854 Personen eintragungsberechtigt. Zur Unterstützung des Volksbegehrens wurden 1 352 618 gültige Eintragungen ermittelt. Dies entspricht 14,3 % der Stimmberechtigten. Die zur Rechtsgültigkeit des Volksbegehrens erforderliche Anzahl von 943 886 Unterschriften wurde um 408 732 Eintragungen überschritten.

Informationen zu den Ergebnissen dieses Volksbegehrens sowie zu den Ergebnissen früherer Volksbegehren und Volksentscheide sind im Internet-Angebot des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung (www.wahlen.bayern.de) unter der Rubrik „Volksbegehren und Volksentscheide“ zu finden.

Ergebnis des Volksbegehrens "Nein zu Studienbeiträgen in Bayern"

Gebiet	Stimm- berechtigte	Eintragungen			
		gültig		ungültig	insgesamt
		Anzahl	%	Anzahl	

Bayern

Kreisfreie Städte

Oberbayern	1 035 420	125 746	<i>12,1</i>	271	126 017
Niederbayern	120 954	16 795	<i>13,9</i>	41	16 836
Oberpfalz	168 949	26 436	<i>15,6</i>	37	26 473
Oberfranken	178 430	28 274	<i>15,8</i>	51	28 325
Mittelfranken	572 360	89 654	<i>15,7</i>	162	89 816
Unterfranken	189 251	29 323	<i>15,5</i>	94	29 417
Schwaben	295 858	39 085	<i>13,2</i>	94	39 179
Zusammen	2 561 222	355 313	<i>13,9</i>	750	356 063

Landkreise

Oberbayern	2 124 718	291 113	<i>13,7</i>	1 149	292 262
Niederbayern	807 745	101 147	<i>12,5</i>	455	101 602
Oberpfalz	680 372	111 512	<i>16,4</i>	329	111 841
Oberfranken	674 094	103 447	<i>15,3</i>	265	103 712
Mittelfranken	707 678	125 138	<i>17,7</i>	346	125 484
Unterfranken	835 880	130 898	<i>15,7</i>	680	131 578
Schwaben	1 047 145	134 050	<i>12,8</i>	652	134 702
Zusammen	6 877 632	997 305	<i>14,5</i>	3 876	1 001 181

Kreisfreie Städte und Landkreise

Oberbayern	3 160 138	416 859	<i>13,2</i>	1 420	418 279
Niederbayern	928 699	117 942	<i>12,7</i>	496	118 438
Oberpfalz	849 321	137 948	<i>16,2</i>	366	138 314
Oberfranken	852 524	131 721	<i>15,5</i>	316	132 037
Mittelfranken	1 280 038	214 792	<i>16,8</i>	508	215 300
Unterfranken	1 025 131	160 221	<i>15,6</i>	774	160 995
Schwaben	1 343 003	173 135	<i>12,9</i>	746	173 881
Bayern	9 438 854	1 352 618	<i>14,3</i>	4 626	1 357 244

Noch: Ergebnis des Volksbegehrens "Nein zu Studienbeiträgen in Bayern"

Gebiet	Stimm- berechtigte	Eintragungen			
		gültig		ungültig	insgesamt
		Anzahl	%	Anzahl	
Oberbayern					
Kreisfreie Städte					
Ingolstadt	90 062	11 918	<i>13,2</i>	17	11 935
München, Landeshauptstadt	903 904	109 095	<i>12,1</i>	247	109 342
Rosenheim	41 454	4 733	<i>11,4</i>	7	4 740
Zusammen	1 035 420	125 746	<i>12,1</i>	271	126 017
Landkreise					
Altötting	82 861	10 735	<i>13,0</i>	19	10 754
Bad Tölz-Wolfratshausen	91 394	10 394	<i>11,4</i>	129	10 523
Berchtesgadener Land	74 411	6 916	<i>9,3</i>	48	6 964
Dachau	101 161	14 169	<i>14,0</i>	25	14 194
Ebersberg	95 599	14 515	<i>15,2</i>	9	14 524
Eichstätt	95 646	16 446	<i>17,2</i>	75	16 521
Erding	95 369	12 550	<i>13,2</i>	23	12 573
Freising	118 972	17 819	<i>15,0</i>	90	17 909
Fürstenfeldbruck	153 084	23 429	<i>15,3</i>	43	23 472
Garmisch-Partenkirchen	65 215	6 609	<i>10,1</i>	47	6 656
Landsberg am Lech	86 753	12 096	<i>13,9</i>	53	12 149
Miesbach	71 909	7 848	<i>10,9</i>	33	7 881
Mühldorf a.Inn	84 068	9 926	<i>11,8</i>	93	10 019
München	232 415	35 131	<i>15,1</i>	119	35 250
Neuburg-Schrobenhausen	70 311	9 735	<i>13,8</i>	27	9 762
Pfaffenhofen a.d. Ilm	89 991	13 418	<i>14,9</i>	108	13 526
Rosenheim	188 498	24 061	<i>12,8</i>	76	24 137
Starnberg	95 572	13 331	<i>13,9</i>	51	13 382
Traunstein	131 746	17 596	<i>13,4</i>	41	17 637
Weilheim-Schongau	99 743	14 389	<i>14,4</i>	40	14 429
Zusammen	2 124 718	291 113	<i>13,7</i>	1 149	292 262
Oberbayern	3 160 138	416 859	<i>13,2</i>	1 420	418 279

Noch: Ergebnis des Volksbegehrens
"Nein zu Studienbeiträgen in Bayern"

Gebiet	Stimm- berechtigte	Eintragungen			
		gültig		ungültig	insgesamt
		Anzahl	%	Anzahl	
Niederbayern					
Kreisfreie Städte					
Landshut	48 369	7 529	15,6	2	7 531
Passau	38 039	4 921	12,9	14	4 935
Straubing	34 546	4 345	12,6	25	4 370
Zusammen	120 954	16 795	13,9	41	16 836
Landkreise					
Deggendorf	91 345	10 775	11,8	16	10 791
Dingolfing-Landau	71 133	9 879	13,9	13	9 892
Freyung-Grafenau	63 689	8 657	13,6	34	8 691
Kelheim	86 778	11 380	13,1	30	11 410
Landshut	115 266	16 204	14,1	154	16 358
Passau	148 633	16 581	11,2	28	16 609
Regen	62 707	7 444	11,9	33	7 477
Rottal-Inn	91 878	9 759	10,6	108	9 867
Straubing-Bogen	76 316	10 468	13,7	39	10 507
Zusammen	807 745	101 147	12,5	455	101 602
Niederbayern	928 699	117 942	12,7	496	118 438

Noch: Ergebnis des Volksbegehrens
"Nein zu Studienbeiträgen in Bayern"

Gebiet	Stimm- berechtigte	Eintragungen		
		gültig		ungültig
	Anzahl	%	Anzahl	

Oberpfalz

Kreisfreie Städte

Amberg	33 265	4 619	13,9	9	4 628
Regensburg	102 463	16 737	16,3	25	16 762
Weiden i.d.OPf.	33 221	5 080	15,3	3	5 083
Zusammen	168 949	26 436	15,6	37	26 473

Landkreise

Amberg-Weizsach	82 489	16 083	19,5	32	16 115
Cham	102 005	14 311	14,0	59	14 370
Neumarkt i.d.OPf.	99 069	16 309	16,5	55	16 364
Neustadt a.d.Waldnaab	76 647	14 087	18,4	55	14 142
Regensburg	145 269	21 738	15,0	27	21 765
Schwandorf	114 361	17 951	15,7	52	18 003
Tirschenreuth	60 532	11 033	18,2	49	11 082
Zusammen	680 372	111 512	16,4	329	111 841
Oberpfalz	849 321	137 948	16,2	366	138 314

Noch: Ergebnis des Volksbegehrens
"Nein zu Studienbeiträgen in Bayern"

Gebiet	Stimm- berechtigte	Eintragungen			
		gültig		ungültig	insgesamt
		Anzahl	%	Anzahl	
Oberfranken					
Kreisfreie Städte					
Bamberg	54 553	10 421	19,1	44	10 465
Bayreuth	57 122	8 917	15,6	3	8 920
Coburg	32 365	5 372	16,6	4	5 376
Hof	34 390	3 564	10,4	-	3 564
Zusammen	178 430	28 274	15,8	51	28 325
Landkreise					
Bamberg	115 120	17 415	15,1	41	17 456
Bayreuth	85 359	11 494	13,5	34	11 528
Coburg	70 817	11 957	16,9	27	11 984
Forchheim	89 340	15 508	17,4	40	15 548
Hof	79 835	11 276	14,1	25	11 301
Kronach	57 178	9 544	16,7	23	9 567
Kulmbach	60 511	8 314	13,7	45	8 359
Lichtenfels	54 844	8 663	15,8	14	8 677
Wunsiedel i. Fichtelgebirge	61 090	9 276	15,2	16	9 292
Zusammen	674 094	103 447	15,3	265	103 712
Oberfranken	852 524	131 721	15,5	316	132 037

Noch: Ergebnis des Volksbegehrens
"Nein zu Studienbeiträgen in Bayern"

Gebiet	Stimm- berechtigte	Eintragungen		
		gültig		ungültig
	Anzahl	%	Anzahl	

Mittelfranken

Kreisfreie Städte

Ansbach	31 210	3 752	12,0	34	3 786
Erlangen	76 769	17 126	22,3	52	17 178
Fürth	85 150	12 050	14,2	8	12 058
Nürnberg	349 511	50 931	14,6	55	50 986
Schwabach	29 720	5 795	19,5	13	5 808
Zusammen	572 360	89 654	15,7	162	89 816

Landkreise

Ansbach	139 556	21 520	15,4	104	21 624
Erlangen-Höchstadt	102 218	20 402	20,0	36	20 438
Fürth	90 366	17 773	19,7	51	17 824
Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim	77 344	12 296	15,9	79	12 375
Nürnberger Land	128 948	24 878	19,3	30	24 908
Roth	96 821	16 367	16,9	21	16 388
Weißenburg-Gunzenhausen	72 425	11 902	16,4	25	11 927
Zusammen	707 678	125 138	17,7	346	125 484
Mittelfranken	1 280 038	214 792	16,8	508	215 300

Noch: Ergebnis des Volksbegehrens
"Nein zu Studienbeiträgen in Bayern"

Gebiet	Stimm- berechtigte	Eintragungen			
		gültig		ungültig	insgesamt
		Anzahl	%	Anzahl	
Unterfranken					
Kreisfreie Städte					
Aschaffenburg	49 946	4 884	9,8	43	4 927
Schweinfurt	39 331	5 660	14,4	5	5 665
Würzburg	99 974	18 779	18,8	46	18 825
Zusammen	189 251	29 323	15,5	94	29 417
Landkreise					
Aschaffenburg	133 802	16 101	12,0	150	16 251
Bad Kissingen	84 570	13 801	16,3	41	13 842
Haßberge	68 295	11 900	17,4	43	11 943
Kitzingen	69 352	10 002	14,4	86	10 088
Main-Spessart	101 173	16 744	16,5	59	16 803
Miltenberg	96 038	12 477	13,0	96	12 573
Rhön-Grabfeld	64 920	10 630	16,4	60	10 690
Schweinfurt	91 425	16 995	18,6	74	17 069
Würzburg	126 305	22 248	17,6	71	22 319
Zusammen	835 880	130 898	15,7	680	131 578
Unterfranken	1 025 131	160 221	15,6	774	160 995

Noch: Ergebnis des Volksbegehrens "Nein zu Studienbeiträgen in Bayern"

Gebiet	Stimm- berechtigte	Eintragungen			
		gültig		ungültig	insgesamt
		Anzahl	%	Anzahl	

Schwaben

Kreisfreie Städte

Augsburg	186 710	24 178	<i>12,9</i>	28	24 206
Kaufbeuren	31 423	4 505	<i>14,3</i>	4	4 509
Kempten (Allgäu)	47 885	6 473	<i>13,5</i>	41	6 514
Memmingen	29 840	3 929	<i>13,2</i>	21	3 950
Zusammen	295 858	39 085	<i>13,2</i>	94	39 179

Landkreise

Aichach-Friedberg	98 050	13 521	<i>13,8</i>	43	13 564
Augsburg	183 947	28 838	<i>15,7</i>	130	28 968
Dillingen a.d.Donau	72 007	8 617	<i>12,0</i>	211	8 828
Donau-Ries	99 454	13 002	<i>13,1</i>	78	13 080
Günzburg	89 009	11 708	<i>13,2</i>	28	11 736
Lindau (Bodensee)	58 507	6 178	<i>10,6</i>	20	6 198
Neu-Ulm	121 503	10 478	<i>8,6</i>	21	10 499
Oberallgäu	116 435	14 199	<i>12,2</i>	41	14 240
Ostallgäu	102 985	14 381	<i>14,0</i>	53	14 434
Unterallgäu	105 248	13 128	<i>12,5</i>	27	13 155
Zusammen	1 047 145	134 050	<i>12,8</i>	652	134 702
Schwaben	1 343 003	173 135	<i>12,9</i>	746	173 881

Anhang 1. Volksbegehren in Bayern seit 1946

Lfd. Nr.	1. Kennwort des Volksbegehrens 2. Eingereicht bzw. vorgelegt von ... 3. Betreffend ...	Volksbegehren ¹⁾			
		Eintragsfrist	Gültige Eintragungen		Über- (+) bzw. Unterschreitung (-) der erforderlichen Eintragungszahl
			Anzahl	%	
1	Schulartikel 1. Christliche Gemeinschaftsschule 2. FDP 3. Art. 135 Abs. 1 Bayerische Verfassung (BV)	02.01. – 30.01.1967	625 464	9,3	- 46 259
2	1. Christliche Gemeinschaftsschule 2. SPD/FDP 3. Art. 135 Abs. 1 BV	03.10. – 30.10.1967	863 916	12,9	+ 192 193
3	1. CSU-Christliche Volksschule 2. CSU 3. Art. 135 BV	16.10. - 13.11.1967	1 157 590	17,2	+ 485 867
4	Demokratische Gebietsreform 1. Demokratische Gebietsreform 2. Arbeitsgemeinschaft für die Gebietsreform von Landkreisen und Gemeinden Bayerns 3. Art. 9 und Art. 10 Abs. 1 BV	10.11. – 23.11.1971	264 951	3,7	- 460 370
5	Rundfunkfreiheit (Art. 111a BV) 1. Rundfunkfreiheit 2. Bürgerkomitee "Rundfunkfreiheit" 3. Einfügung eines Artikels 111a in die BV	27.06. – 10.07.1972	1 006 679	13,9	+ 281 358
6	Lernmittelfreiheit 1. Lernmittelfreiheit 2. Landesbürgerkomitee "Lernmittelfreiheit" e.V. 3. Art. 132 BV	13.10. – 26.10.1977	474 157	6,4	- 267 433
7	Zusammensetzung des Senats 1. Sport-, Behinderten-, Naturschutz-Organisationen in den Senat 2. Arbeitsgemeinschaft zur Durchführung eines Volksbegehrens (Bayerischer Landes-Sportverband e.V., Verband der Kriegs- und Wehrdienstopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands, Landesverband Bayern e.V. -VdK-, Bund Naturschutz in Bayern e.V.) 3. Art. 35 BV	22.11. – 05.12.1977	438 608	5,9	- 302 982
8	Abfallwirtschaftsgesetz 1. Das bessere Müllkonzept 2. Bürgeraktion "Das bessere Müllkonzept" Bayern e.V. 3. Entwurf eines Bayerischen Abfallwirtschaftsgesetzes	15.06. – 28.06.1990	1 061 561	12,8	+ 235 013
9	Kommunaler Bürgerentscheid 1. Mehr Demokratie in Bayern: Bürgerentscheide in Gemeinden und Kreisen 2. Mehr Demokratie in Bayern e.V. 3. Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des kommunalen Bürgerentscheids	06.02. – 19.02.1995	1 197 370	13,7	+ 320 788

¹⁾ Das Volksbegehren ist rechtmäßig, wenn die Zahl der gültigen Eintragungen mindestens ein Zehntel der Anzahl der Stimmberechtigten erreicht.

Noch: Anhang 1. Volksbegehren in Bayern seit 1946

Lfd. Nr.	1. Kennwort des Volksbegehrens 2. Eingereicht bzw. vorgelegt von ... 3. Betreffend ...	Volksbegehren ¹⁾			
		Eintragsfrist	Gültige Eintragungen		Über- (+) bzw. Unterschreitung (-) der erforderlichen Eintragungszahl
			Anzahl	%	
10	Abschaffung des Bayerischen Senats 1. Schlanker Staat ohne Senat 2. Ökologisch-Demokratische Partei, Landesverband Bayern 3. Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung des Bayerischen Senats	10.06. – 23.06.1997	927 047	10,5	+ 45 575
11	Kennzeichnung gentechnikfreier Produkte aus Bayern 1. Gentechnikfrei aus Bayern 2. Bündnis aus Umwelt- und Kirchengruppen 3. Entwurf eines Gesetzes zur Kennzeichnung gentechnikfreier Produkte aus Bayern	24.04. – 07.05.1998	436 345	4,9	- 447 551
12	Erziehungs- und Unterrichtswesen sowie Schulfinanzierung 1. Die bessere Schulreform 2. Bayerischer Elternverband und Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband 3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) und des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes (BaySchFG)	15.02. – 28.02.2000	507 900	5,7	- 384 801
13	Organisation des Verfassungsgerichtshofs 1. Macht braucht Kontrolle: Für ein unabhängiges Verfassungsgericht in Bayern 2. Initiative "Aktionsbündnis Unabhängige Richterinnen und Richter" 3. Entwurf eines Gesetzes zur Organisation des Verfassungsgerichtshofs	09.05. – 22.05.2000	271 734	3,0	- 622 014
14	Änderung des Art. 100 der Verfassung des Freistaates Bayern - Verankerung bioethischer Grundsätze - 1. Menschenwürde ja, Menschenklonen niemals! 2. Initiative der Ökologisch-Demokratischen Partei (ödp) 3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern	22.05. – 04.06.2003	212 584	2,3	- 698 318
15	Änderung des Waldgesetzes 1. Aus Liebe zum Wald 2. Initiative eines überparteilichen Bündnisses von Waldbesitzern, Naturschutzverbänden und Waldfreunden 3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Waldgesetzes für Bayern	16.11. – 29.11.2004	855 027	9,3	- 61 548
16	Änderung des Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen 1. Volksbegehren G 9 2. Initiative Volksbegehren G 9 3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG)	14.06. – 27.06.2005	221 834	2,4	- 697 771

¹⁾ Das Volksbegehren ist rechtmäßig, wenn die Zahl der gültigen Eintragungen mindestens ein Zehntel der Anzahl der Stimmberechtigten erreicht.

Noch: Anhang 1. Volksbegehren in Bayern seit 1946

Lfd. Nr.	1. Kennwort des Volksbegehrens 2. Eingereicht bzw. vorgelegt von ... 3. Betreffend ...	Volksbegehren ¹⁾			Über- (+) bzw. Unterschreitung (-) der erforderlichen Eintragungszahl
		Eintragsfrist	Gültige Eintragungen		
			Anzahl	%	
17	Änderung der Bauordnung und des Landesentwicklungsprogramms 1. Für Gesundheitsvorsorge beim Mobilfunk 2. Initiative eines überparteilichen Bündnisses 3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Bayerischen Bauordnung und zur Änderung des Landesentwicklungsprogramms Bayern	05.07. – 18.07.2005	398 514	4,3	- 521 685
18	Gesundheitsschutzgesetz - GSG 1. Für <u>echten</u> Nichtraucherschutz! 2. Initiative der Ökologisch-Demokratischen Partei / Bündnis für Familien (ödp) 3. Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Gesundheit (Gesundheitsschutzgesetz - GSG)	19.11. – 02.12.2009	1 297 596	13,9	+ 361 246
19	Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes 1. Nein zu Studienbeiträgen in Bayern 2. Initiative durch FREIE WÄHLER Bayern e.V. 3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes	17.01. – 30.01.2013	1 352 618	14,3	+ 408 732

¹⁾ Das Volksbegehren ist rechtmäßig, wenn die Zahl der gültigen Eintragungen mindestens ein Zehntel der Anzahl der Stimmberechtigten erreicht.

Anhang 2. Volksentscheide in Bayern seit 1946

Lfd. Nr.	1. Gegenstand des Volksentscheids 2. Eingereicht bzw. vorgelegt von ... 3. Betreffend ...	Volksentscheid ¹⁾			
		Tag der Abstimmung	Wahlbeteiligung in %	Stimmen Anzahl und in % ²⁾	
				Ja	Nein
1	Bayerische Verfassung (BV) 1. Bayerische Verfassung 2. Verfassunggebende Landesversammlung (30.06.1946 - 30.11.1946) 3. Annahme oder Ablehnung der BV	01.12.1946	75,7	2 090 444 70,6	870 135 29,4
2	Schulartikel³⁾ A. 1. Gesetzentwurf Nr. 1 2. Bayerischer Landtag gemäß Art. 75 BV 3. Art. 135 BV B. 1. Gesetzentwurf Nr. 2 "CSU-Christliche Volksschule" 2. Volksbegehren der CSU (siehe Volksbegehren Nr. 3) 3. Art. 135 BV C. 1. Gesetzentwurf Nr. 3 "Christliche Gemeinschaftsschule" 2. Volksbegehren der SPD/FDP (siehe Volksbegehren Nr. 2) 3. Art. 135 BV	07.07.1968	40,7	2 027 782 76,3 227 039 8,5 357 766 13,5	86 850 3,3 410 238 15,4 365 545 13,7
3	Wahlalter 1. Herabsetzung der Altersgrenze für das aktive und passive Wahlrecht 2. Bayerischer Landtag gemäß Art. 75 BV 3. Art. 7 Abs. 1 und Art. 14 Abs. 2 BV	24.05.1970	38,3	1 423 270 54,8	1 174 839 45,2
4	Rundfunkfreiheit (Art. 111a BV) 1. Rundfunkfreiheit 2. Bayerischer Landtag gemäß Art. 75 BV 3. Einfügung eines Artikels 111a in die BV	01.07.1973	23,3	1 473 604 87,1	217 499 12,9
5	Landtagswahlrecht 1. a) Stimmkreiseinteilung b) Fünf-Prozent-Klausel 2. Bayerischer Landtag gemäß Art. 75 BV 3. a) Art. 14 Abs. 1 BV b) Art. 14 Abs. 4 BV	01.07.1973	23,3	1 429 558 84,8	256 803 15,2
6	Umweltschutz 1. Umweltschutz 2. Bayerischer Landtag gemäß Art. 75 BV 3. Art. 3, 131 Abs. 2, 141 BV	17.06.1984	46,2	3 358 878 94,0	216 257 6,0
7	Abfallrecht³⁾ A. 1. Gesetzentwurf Nr. 1 2. Bayerischer Landtag gemäß Art. 73 Abs. 4 Landeswahlgesetz 3. Bayerisches Abfallwirtschafts- und Altlastengesetz - BayAbfAlG B. 1. Gesetzentwurf Nr. 2 2. Volksbegehren "Das bessere Müllkonzept" (siehe Volksbegehren Nr. 8) 3. Bayerisches Abfallwirtschaftsgesetz - BayAbfWG	17.02.1991	43,8	1 925 940 51,0 1 640 432 43,5	1 626 523 43,1 1 856 139 49,2

¹⁾ Ein Gesetzentwurf war durch Volksentscheid angenommen, wenn die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen auf "Ja" lautete.²⁾ Die Stimmenanteile beziehen sich jeweils auf die gültigen Stimmzettel, nur die von 1991 auf die Anzahl der Abstimmenden.³⁾ Nur bei einem der Gesetzentwürfe konnte "Ja" angekreuzt werden.

Noch: Anhang 2. Volksentscheide in Bayern seit 1946

Lfd. Nr.	1. Gegenstand des Volksentscheids 2. Eingereicht bzw. vorgelegt von ... 3. Betreffend ...	Volksentscheid ¹⁾			
		Tag der Abstimmung	Wahlbeteiligung in %	Stimmen Anzahl und in % ²⁾	
				Ja	Nein
8	Kommunaler Bürgerentscheid³⁾ A. 1. Gesetzentwurf Nr. 1 2. Bayerischer Landtag gemäß Art. 73 Abs. 4 Landeswahlgesetz 3. Einführung von Bürgerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid in Gemeinden und Landkreisen B. 1. Gesetzentwurf Nr. 2 2. Volksbegehren "Mehr Demokratie in Bayern" (siehe Volksbegehren Nr. 9) 3. Einführung des kommunalen Bürgerentscheids	01.10.1995	36,8	1 244 886 38,7	110 462 3,4
9	Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern 1. Verfassungsreformgesetz - Weiterentwicklung im Bereich der Grundrechte und Staatsziele 2. Bayerischer Landtag 3. Einfügungen und Änderungen von Artikeln der BV	08.02.1998	39,9	2 567 247 75,0	856 344 25,0
10	Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern 1. Verfassungsreformgesetz - Reform von Landtag und Staatsregierung 2. Bayerischer Landtag 3. Einfügungen und Änderungen von Artikeln der BV	08.02.1998	39,9	2 532 323 73,9	892 340 26,1
11	Bayerischer Senat³⁾ A. 1. Reform der Bayerischen Verfassung, den Senat betreffend - Senatsreformgesetz - 2. Bayerischer Landtag 3. Reform des Bayerischen Senats B. 1. Gesetzentwurf des Volksbegehrens "Schlanker Staat ohne Senat" zur Abschaffung des Bayerischen Senats 2. Volksbegehren "Schlanker Staat ohne Senat" 3. Abschaffung des Bayerischen Senats	08.02.1998	39,9	823 462 23,6	249 141 7,1
12	Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern 1. Gesetz über den Zusammentritt des Landtags nach der Wahl, über die Parlamentsinformation und zur Verankerung eines strikten Konnexitätsprinzips 2. Bayerischer Landtag 3. Einfügungen und Änderungen von Artikeln der BV	21.09.2003	56,9	4 286 928 88,3	569 550 11,7
13	Änderung der Verfassung des Freistaates Bayern 1. Gesetz zur Weiterentwicklung der Wahlgrundsätze, der Grundrechte und der Bestimmungen über das Gemeinschaftsleben 2. Bayerischer Landtag 3. Einfügungen und Änderungen von Artikeln der BV	21.09.2003	56,9	4 175 520 85,1	728 885 14,9
14	Nichtraucherschutz 1. Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Gesundheit (Gesundheitsschutzgesetz - GSG) 2. Volksbegehren "Für echten Nichtraucherschutz!" 3. Neuregelung des Nichtraucherschutzes	04.07.2010	37,7	2 150 582 61,0	1 377 202 39,0

¹⁾ Ein Gesetzentwurf war durch Volksentscheid angenommen, wenn die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen auf "Ja" lautete.²⁾ Die Stimmenanteile beziehen sich jeweils auf die gültigen Stimmzettel, nur die von 1991 auf die Anzahl der Abstimmenden.³⁾ Nur bei einem der Gesetzentwürfe konnte "Ja" angekreuzt werden.

Gemeinde
Landkreis
Eintragungsbezirk

Nr. der Eintragungsliste
Eintragungsraum/mob. Eintragungsstelle

EINTRAGUNGSLISTE für das Volksbegehren

„Grundrecht auf Bildung ernst nehmen – Studienbeiträge abschaffen!“

Kurzbezeichnung Nein zu Studienbeiträgen in Bayern

Die unterzeichneten Stimmberechtigten begehren, dass dem Bayerischen Landtag folgender Gesetzentwurf unterbreitet wird:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes

§ 1

Art. 71 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 245, BayRS 2210-1-1-WFK), zuletzt geändert durch § 2 des Gesetzes vom 9. Juli 2012 (GVBl S. 339), wird wie folgt geändert:

1. Abs. 1 erhält folgende Fassung:
 „(1) ¹Das Studium bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss und das Studium in einem konsekutiven Studiengang, der zu einem weiteren berufsqualifizierenden Abschluss führt, ist studienbeitragsfrei. ²Dies gilt auch wenn die Immatrikulation zum Zweck einer Promotion erfolgt. ³Abweichend von Satz 1 werden Gebühren und Entgelte nach Maßgabe der folgenden Absätze erhoben.“
2. Die Abs. 2 bis 7 werden gestrichen.
3. Im bisherigen Abs. 8 wird der Satz 5 gestrichen und die bisherigen Abs. 8 bis 10 werden 2 bis 4.

§ 2

Dieses Gesetz tritt am ... in Kraft.

Begründung:

Art. 71 des Bayerischen Hochschulgesetzes regelt bisher die Erhebung von Studienbeiträgen und Gebühren. Die Erhebung von Studienbeiträgen stellt eine große finanzielle Belastung für die Studierenden und ihre Familien dar, wirkt sozial selektiv, macht Bildung zur Ware und verstärkt die Abhängigkeit der Studierenden vom Geldbeutel ihrer Eltern. Daher werden künftig keine Studienbeiträge mehr erhoben.

Zu Nr. 1: Durch die in Nr. 1 vorgesehene Änderung wird klargestellt, dass zukünftig für ein Erststudium und jeden Studiengang, der direkt im Anschluss an einen Bachelor und ohne Berufserfahrung studiert werden kann, keine Studienbeiträge mehr erhoben werden. Dasselbe gilt für ein Promotionsstudium.

Zu Nr. 2: Die bisherigen Regelungen zu den Studienbeiträgen werden gestrichen.

Zu Nr. 3: Die bisherigen Absätze zur Erhebung von Gebühren und Entgelten werden beibehalten. Dies sind die Regelungen zu Gaststudierenden, zu den weiterbildenden sowie berufsbegleitenden Studiengängen. Ebenso die Regelungen für Hochschulprüfungen und staatliche Prüfungen, für besondere Aufwendungen im Ausland bei der Auswahl ausländischer Studienbewerber/innen und für die Eignungsprüfungen in künstlerischen Studiengängen. Aufgrund der Streichung der Abs. 2 bis 7 erhalten diese eine neue Absatznummerierung. Der Verweis im bisherigen Abs. 8 Satz 5 auf Abs. 7 wird aufgrund des Wegfalls des Abs. 7 ebenfalls gestrichen.

Bitte alle Angaben vollständig und leserlich eintragen!

Lfd. Nr.	Familienname, Vorname	Unterschrift	Bemerkungen der Behörde ggf. Anlagen – Nr.*
1			
2			

43			
44			
45			
46			
47			
48			
49			
50			
51			
52			
53			
54			
55			

Bestätigung der Gemeinde

Zahl

1. In vorstehender Eintragungsliste wurden _____ Eintragungen geleistet.
2. Die Unterzeichner waren am Tag der Eintragung oder wären bis zum Ende der Eintragsfrist stimmberechtigt.

Zahl

3. _____ Eintragungen, und zwar laufende Nrn. _____
werden für **ungültig** erachtet. Die Gründe ergeben sich jeweils aus der Bemerkungsspalte.

Zahl

4. Insgesamt wurden _____ **gültige** Eintragungen geleistet.

Zahl

5. Der Eintragungsliste liegen _____ Anlagen (Anlagen-Nr. _____)
mit Bemerkungen der Gemeinde bei.*

Datum

(Dienstsiegel)

Unterschrift des/der mit der Bestätigung beauftragten Bediensteten

* Falls Platz nicht ausreichend, bitte Anlage fertigen, nummerieren und der Eintragungsliste beifügen.

